

Rede zur Allgemeinen Aussprache über
den Stadthaushaltsplan 2010/2011:



22.10.2009

„Misstöne beim Streichkonzert der Stadt“

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Stuttgarter,

(es gilt das gesprochene Wort)

„Misstöne beim Streichkonzert der Stadt“

... könnten wir die Haushaltsberatungen titeln. Oder noch besser:

„Die Folgen der Gier“!

Widersprüchlicher als heute war es selten: Einerseits Milliarden-Investitionen in Tunnel-Projekte, die die Mehrheit der Stuttgarter gar nicht will, wie Stuttgart 21 und Rosensteintunnel. Andererseits Erfüllung von Weihnachtswünschen des Oberbürgermeisters für Museen, während gleichzeitig in unseren Schulen die Decken einstürzen.

Seit Sommer haben wir jeden Tag eine neue Meldung in den Zeitungen, in denen die Bürgermeister ankündigen, Leistungen bei den Bürgerinnen und Bürgern streichen zu müssen. Vom Bücherbus bis zum kleinen Theater, von der Familien - Card bis zum Spielplatz.

Und warum das Ganze?

Die Auswirkungen der Finanzkrise und der daraus entsprungenen Wirtschaftskrise erfasst auch Stuttgart. Die besondere Härte, mit der Stuttgart getroffen wird, lässt sich allerdings personalisieren: Das Fiasko der städtischen Finanzen haben wir hauptsächlich der Gier einiger weniger Herren zu verdanken.

Der Ex-Liebling des Ministerpräsidenten und des OBs, Wendelin Wiedeking, hat binnen eines Jahres ein gesundes Unternehmen verzockt. Ergebnis: Der Stadt fehlen alleine dadurch 60 Mio. EUR Gewerbesteuereinnahmen pro Jahr (etwa so viel, wie Herr Wiedeking in einem Jahr verdient hatte).

Die Herren aus der LBBW-Vorstandsriege, angefeuert und unterstützt von Ministerpräsident Oettinger und Co., ausgestattet mit mehr Selbstüberschätzung als Sachkenntnis, haben zugelassen, dass aus unserer Landesgirokasse ein strauchelndes Unternehmen wurde, das sich vor lauter Großmannssucht fast selbst versenkt hat.

Und gegen unsere Überzeugung haben sie auch noch unsere letzten Groschen städtisches Geld in diese wackelige Bank gestopft. Jetzt haben wir den Salat. Die Bank

kann ihre Zinsen nicht zahlen – und wir sollen bei den Bürgern, die gar nichts dafür können, Leistungen streichen.

Früher gab es mal einen Ehrenkodex: ‚Eigentum verpflichtet.‘ – das war einmal. Aber wenigstens wir als Eigentümer der Bank sind verpflichtet, Eigentum zu retten. Die mit öffentlichen Zuschüssen errichteten Wohnungen gehören uns Steuerzahlern und sie gehören nicht in die Hände gieriger Renditejäger.

Verantwortung dieser Wirtschaftselite für das Gemeinwohl – das war einmal. Statt Konsequenzen kassieren diese Arbeitsplatzvernichter auch noch millionenschwere Abfindungen. Gleichzeitig wird in unserem Land z.B. eine langjährige Mitarbeiterin wegen ein paar übriger Maultaschen, die sie nicht weg wirft, sondern selbst isst, fristlos gekündigt. Und das ist ja kein Einzelfall. Unsere Justiz, unsere ganze Gesellschaft verliert dramatisch an Glaubwürdigkeit, wenn solchen Verwerfungen kein Einhalt geboten wird.

Investitionen in die falschen Projekte

Unsere Stuttgarter Bürger können auch nichts dafür, dass die Mehrheit in diesem Haus das städtische Geld falsch investiert. Auch wenn Sie sich jetzt aufregen, meine Damen und Herren, Stuttgart 21 belastet die städtischen Finanzen enorm. Offiziell werden Kosten von 31,6 Mio. EUR und eine Risikoabsicherung in Höhe von 260 Mio. EUR genannt. Rechnen Sie aber nur mal zusammen, was hinzukommt:

- der Neubau der Neckar-Realschule
- der Quasi-Neubau des Katzenstifts.
- das Trauerspiel um den Fernbusbahnhof: weiß eigentlich noch jemand, wo der jetzt hin soll?
- die Baustraße in Wangen,
- die Verlegung der Stadtbahnhaltestelle Staatsgalerie.
- der Baustopp für die Maybachstraße
- von den zahllosen Planungsstellen oder dem Marketing-Ombudsmann ganz zu schweigen.

Viele weitere Kosten sind versteckt und kennen wir wahrscheinlich gar nicht.

S21-Geldreserven auflösen

Eines aber wissen wir: Die Stadt hat für dieses Milliardengrab alleine 180 Mio. Euro als Reserve weggeschlossen. Dieses Geld wird nicht gebraucht werden, weil die Bahn noch vor Ende des Jahres feststellen wird, dass S 21 nicht bezahlbar ist. Und selbst wenn es gebraucht würde, bräuchte man es nicht vor 2018.

Wir haben also ausreichend Reserve, um viele Kürzungen im Sozial- und Kulturbereich zu vermeiden und auch Geld für neue Aufgaben im Sozialen Bereich. Die allgemeinen Rücklagen für S 21 dürfen für die SPD keine heilige Kuh darstellen, denn beim Geldausgeben scheinen sie sich ja wohl nicht zu bescheiden.

Gewählt um was zu ändern

Oder nehmen wir den berüchtigten Rosensteintunnel: knapp 80. Mio. EUR soll er die Stadt kosten: Wie viele Schulen könnten mit diesem Geld saniert werden?

Wir GRÜNEN sind da fein raus. Keines dieser Projekte wollten wir, kein Stuttgart 21, keinen Rosensteintunnel, kein städtisches Geld in die LBBW.

Wir hätten also genug Geld, um all die Schulen, Kinderbetreuungseinrichtungen etc. zu sanieren und auch auszubauen. Wir könnten also gemütlich zuschauen, nach dem Motto „Wir waren es ja nicht“.

Aber dafür haben uns die Wähler nicht zur größten Fraktion gewählt. Sie wollen nicht nur eine große GRÜNE Fraktion, sondern auch eine starke Fraktion, die gestaltet. Und diesen Wählerauftrag haben wir mit unseren Anträgen umgesetzt. Schmollend in der rechten oder linken Ecke, da wächst kein Grün und kein Geld.

Von der SPD höre man scharfe Töne, habe ich gelesen. Liebe SPD, wir wollen scharfe Taten, nicht Töne. Machen Sie die Wende in der Verkehrspolitik bei Stuttgart 21 und dem Rosensteintunnel, dann haben wir das nötige Geld.

Jahrelang wurden unsere Schulen vernachlässigt und die Sanierung auf später geschoben. Inzwischen beläuft sich der Sanierungsstau auf 346 Mio. EUR. Dass unser früherer Schulbürgermeister und jetziger Oberbürgermeister das nicht bemerkt hat, wird er ganz allein verstehen, vielleicht. Für den Ausbau der Kinderbetreuung sind weitere 100 Mio. EUR notwendig.

Eine kinderfreundliche Stadt wird nicht daran gemessen, ob es im Rathaus fünf Buggys kostenlos auszuleihen gibt, sondern ob es sich in unseren Schulen lernen lässt und ob unsere Kinder eine passende, qualitätsvolle Betreuung bekommen.

Wir wissen, dass die Versäumnisse der vergangenen Jahre sich leider nicht so schnell aufholen lassen. Auch hierfür ist das Wahlergebnis eine Aufforderung zum Umdenken.

Sanierungsprogramm für Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen

Also haben wir uns umgeschaut und von Grünen Oberbürgermeistern gelernt, was die erfolgreich vorgemacht haben. Wir sind überzeugt: Wenn die Bürger wissen, wofür sie zur Kasse gebeten werden sollen, dann sind sie auch bereit zu geben. Unser Sanierungsprogramm für Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen basiert darauf.

Wie sieht dieser Solidaritätspakt aus?

Wir beteiligen uns alle mit einigen Euros an einer etwas höheren Grundsteuer. (Das macht z.B. für eine 80 m² Wohnung 2,70 EUR im Monat aus). Wir nehmen 150 Mio. Kredit auf. Sanieren unsere Schulen und zahlen den Kredit zurück. Nach 15 Jahren ist der Sanierungsstau behoben und die Schulden, die wir zusätzlich aufgenommen haben, sind bereits wieder getilgt.

So geht GRÜNE nachhaltige Haushaltspolitik.

Den Aufschrei des Vorsitzenden vom Haus- und Grundbesitzerverein werden wir sicher hören, aber er schreckt uns nicht. Als er noch Stadtkämmerer war, hat er mir immer zugerufen: „Wo bleibt Ihr Deckungsvorschlag?“. Besonders laut, wenn wir GRÜNE mal Geld ausgeben wollten für Dinge, für die sein Herz nicht schlug.

Sie sehen, Herr Klaus Lang, wir GRÜNE haben schnell gelernt: Unser Schulhaussanierungsprogramm ist solide finanziert. So wie der Rest unserer Haushaltsanträge auch.

Jetzt wurde gerade dieses Programm als Luftnummer bzw. unseriös bezeichnet. Sehr geehrte Frau stellvertretende Fraktionsvorsitzende Ripsam: Das ist nicht unseriös, das ist konservativ; sogar stockkonservativ. So konservativ wie ein Bausparvertrag. Unser

150 Mio. EUR Sanierungs-Sonderprogramm ist finanziert und nach 15 Jahren abbezahlt.

Und Ihres? Dass man als CDU bei dieser drohenden Bundesregierung und deren Haushaltspolitik durcheinander kommt, verstehe ich ja.

Ein Wort zur SPD: Ihre Basis fordert die Erhöhung der Gewerbesteuer. Sie, Herr Pfeiffer, sehen keine Mehrheit dafür. Ja, dann beantragen Sie sie doch, dann sehen wir, ob es eine Mehrheit gibt.

Vorgeschlagene Streichungen im Sozialbereich können nicht akzeptiert werden

Herr Schuster und Herr Föll haben verfügt, dass jedes Referat aus seinem Budget 10 Prozent zur Streichung vorschlagen soll. Über alle Ämter wird die gleiche Quote verhängt, das verschafft vielleicht weniger Ärger, aber es ist völlig ungerecht.

Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise werden besonders im Sozialbereich spürbar werden. Die Anforderungen an unser soziales Hilfesystem werden deutlich zunehmen. Selbst in den „guten Jahren“ wurden im Sozialbereich die Anpassungen an Kostensteigerungen weder beim städtischen Träger noch bei den freien Trägern der Realität gestiegener Kosten angepasst. So muss die Jugendhaus-Gesellschaft als Beispiel jährlich zwölf Stellen unbesetzt lassen, weil ihr städtischer Zuschuss nicht ausreicht.

Die Zahl der Vorlagen aus dem Sozialbereich, die zusätzliche Aufgaben und Ausgaben beschreiben, ist so hoch wie noch nie, vom Kinderschutz zur Schulsozialarbeit und so weiter. Der Aufgabenzuwachs ist nicht zu bestreiten. Wir werden auf Grund der Wirtschaftskrise und der daraus folgenden Beschäftigungskrise mit einem starken Kostenanstieg bei den Sozialausgaben rechnen müssen.

Zum Kinderschutz gehört natürlich auch das uns teure Olgäle. Wir müssen aus städtischen Mitteln das Olgäle mit 5 Mio. EUR unterstützen, sonst ist die hohe Qualität und vor allem die unschlagbar gute Ambulanz gefährdet. Das sagen nicht nur die Gutachter und Frau Oberbürgermeisterin, sondern Tausende von Eltern, die mit ihren Kindern in der Ambulanz des Olga-Krankenhauses zuverlässig und unbürokratisch auf höchstem Niveau versorgt werden.

Wir GRÜNEN sehen daher keine Möglichkeit, die vorgesehenen Streichungen im Sozialbereich zu akzeptieren. Auch ein Gutachter wird nicht auf „verträgliche“ Lösungen kommen.

Das Projekt „Hilfen zur Erziehung“ hat dem städtischen Haushalt in den Jahren 2004 bis 2008 eine Ersparnis von rund 25 Mio. EUR erbracht. Dieses Projekt hat bewiesen, dass sich durch ein mit den beteiligten Trägern gemeinsam entwickeltes Konzept Kosten reduzieren lassen, ohne dass Leistungen für Kinder und Eltern reduziert werden mussten. Wir sind uns sicher, dass auch in anderen Feldern des sozialen Bereichs ähnliche, kostenreduzierende Projekte möglich sind. Dies lässt sich aber nicht von außen, sondern nur gemeinsam und mit gründlicher Vorarbeit umsetzen.

Aber auch in anderen Bereichen kritisieren wir manche Sparvorschläge der Verwaltung. In der Kultur sind einige Vorschläge unverträglich und einige einfach unerträglich. Die Streichung des Bücherbusses oder die Schließung der Büchereien im Sommer gehören dazu, genauso wie die hohen Kürzungen bei der Volkshochschule.

Jubilarefeiern und Pensionärsfeiern zu streichen, ist eher peinlich und kleinkrämerisch. Gut motiviertes Personal ist eher bereit, sich in schwierigen Zeiten für sein Unternehmen ins Zeug zu legen. Dies gilt es zu fördern, deshalb muss die Beförderungs- und Wiederbesetzungssperre baldmöglichst wieder aufgehoben werden.

Vorschläge für weitere Einnahmen

Weil wir also die Streichquote nicht erfüllen und auch noch zusätzliche Ausgaben beschließen werden, wir aber keine schwarzen Kassen haben und neue Schulden nicht leiden können, haben wir darüber nachgedacht, was sich hinter dem Begriff „Steuern“ eigentlich versteckt.

Gut, heutzutage sind Steuern für viele nichts anderes, als uns Bürgern mit unterschiedlichsten Begründungen das Geld aus der Tasche zu ziehen.

Ersetzen wir aber einmal das Wort „Steuern“ durch „Lenken“: Wir haben zu viele Spiel-Automaten in der Stadt. Spielhallen schießen wie Pilze aus dem Boden: Da hilft nur Gegensteuern mit höheren Steuern. Also rauf mit der Vergnügungssteuer, dann sind die Kisten wenigstens nicht mehr ganz so rentabel. Lenkungswirkung einer Steuer: hoch willkommen!

Auch mit Gebühren kann man lenken. Der öffentliche Raum, die Straßen und Plätze sind ein knappes Gut. Wer ihn benutzen will, muss dafür zahlen. Der Gastronom mit seinen Liegestühlen auf dem Marktplatz genauso wie der Autohalter, der seine Blechkiste auf der Straße abstellt. Flächendeckendes Parkraummanagement schafft Platz für Spielräume, hält die Pendler aus dem Wohnquartier und bringt der Stadt auch noch Einnahmen. Parkgebühren im gleichen Maße zu steigern wie die Fahrkarte für die Straßenbahn teurer wird, schafft Gerechtigkeit und Mehreinnahmen. Geschwindigkeitsüberwachung bringt mehr Sicherheit, weniger Feinstaub, weniger Lärm in die Stadt und dafür ein paar Groschen ins Stadtsäckl.

Zusätzliche, mobile Verkehrsüberwachung wird die Verkehrsgeschwindigkeit in unserer Stadt schneller reduzieren als jede neue Vorschrift. Denn auf das Regierungspräsidium können wir lange warten, bis es mal endlich niedrigere Höchstgeschwindigkeiten erlaubt.

Zusammengezählt kommen wir mit diesen steuernden Mehreinnahmen auf immerhin 1.828.000 EUR. Mehreinnahmen ohne schlechte Nebenwirkungen!

Bei der angedrohten Erhöhung der Kindergartengebühren verhält es sich anders. Diese tragen wir nur mit, wenn gleichzeitig die Betreuungsplätze ausgebaut und die Mehreinnahmen in bessere Betreuungsbedingungen investiert werden. Gut, dass wenigstens wir im Wahlkampf nicht kostenlose KITA-Plätze gefordert hatten. Gute Betreuung kostet Geld, das wissen wir und das wird von den Eltern auch akzeptiert, aber dann muss die Qualität stimmen.

In der so genannten verlässlichen Grundschule (sprich Kernzeit) stimmt sie leider nicht. Daran werden wir arbeiten.

Unsere Stadt soll schöner werden

Unsere Stadt kann schöner werden, auch dafür werden wir hart streiten. Unsere Stadt kann schöner werden und dies mit einfacheren Mitteln, als dies in der Vergangenheit versucht wurde.

Die Wunden, die die Stadtautobahnen in die Stadt geschlagen haben, zu heilen, – dazu sollte der so genannte Kulturmeilen-Tunnel dienen. Die Absicht war gut, die Lösung schlecht. Gut, dass wir sie beendet haben. Für die Wunden, die aber immer noch da sind, gab und gibt es preiswertere Lösungen. Wir wollen zur Wundheilung beitragen mit ebenerdigen Fußgängerübergängen und einigen Bäumen entlang der Prachtstraße.

Überhaupt Bäume. Niemand bestreitet die hohe Wirkung von Bäumen gegen CO2 und Feinstaub. Unterstützen Sie uns mit der Forderung nach mehr Bäumen nicht nur im Wald, sondern bei uns in der Stadt. Zusätzliche Bäume, versteht sich. Nicht vorher abholzen wie für Stuttgart 21 und dann in Stapelbauweise, in drei Schichten übereinander, wieder neu pflanzen.

Unsere Stadt muss schöner werden, das hört sich angesichts der drohenden Baustellen sarkastisch an. Gilt aber zum Beispiel für den Abschnitt von der Eberhard- bis zur Tübinger Straße. Die mobilen Pflanzkübel sind ja ganz rührend und liebevoll gepflegt, aber mal ehrlich, das können wir doch besser. Wir wollen aus diesem T eine attraktive, verkehrsberuhigte Zone machen, in der alle Verkehrsteilnehmer sich gleichberechtigt und damit langsam bewegen.

Ausländer sagen „shared space“ dazu. Mit der Württembergischen und dem Quartier S können wir sogar Mitfinanzierer an Land ziehen.

Bad Cannstatt gehört auch zu dieser Stadt – sagen die Cannstatter, wenn es ums Geld geht. Bestimmt hat eine Fraktion die Sanierung des Rathauses Bad Cannstatt beantragt: Wir machen da mit, aber nur, wenn der Marktplatz autofrei wird. Und zwar immer, nicht nur an Markttagen. Das hat Bad Cannstatt verdient.

Prima Klima

Prima Klima hatten wir unsere Haushaltsreden der letzten Jahre überschrieben. Oft genug hat uns die Mehrheit im Stich gelassen, wenn es um Klimaverbesserungen in unserer Stadt ging. Natürlich haben wir auch dieses Jahr Programme vorgesehen, die der Reduzierung von CO2 Ausstoß und dem Klimaschutz dienen. Anträge zu Ökostrom und Energetische Sanierung seien als Beispiele genannt.

Das Kommunale Energiemanagement ist eine Gelddruckmaschine fürs örtliche Handwerk, weil es Jahr für Jahr millionenschwere Investitionen auslöst. Es rechnet sich also nicht nur fürs Klima.

Das stadtinterne Contracting rechnet sich ebenfalls gleich doppelt.

Der OB als Schieber:

Dass jahrelang unsere Schulen vernachlässigt und deren Sanierung auf später geschoben wurde, habe ich schon ausführlich dargelegt. Auch, wer dafür verantwortlich war.

Im Vorfeld der Haushalts-Beratungen träumt der OB immer noch von seinen Lieblingsprojekten Mobi-Zet, Stadtmuseum, John-Cranko-Schule usw.

Ganz mutig hat die CDU schon verkündet, diese Projekte „zu verschieben, bis wieder Geld vorhanden sei“. Der OB ist damit ganz glücklich, denn aufgeschoben ist eben nicht aufgehoben. Und selbstverständlich soll auch der Rosensteintunnel nur geschoben werden, weil sonst die ganzen Fördermittel des Landes futsch seien. Das ist zwar falsch, weil die Gelder auch für andere Verkehrsprojekte fließen würden, hindert den OB aber nicht, es immer wieder zu betonen.

Wir wollen keinen Tunnel, bloß weil das Land mit-finanziert. Ganz besonders dann nicht, solange unsere Schulen so marode sind. Investitionen in Schulen sind wichtigere Infrastrukturmaßnahmen als Tunnels für Autos oder Züge.

Die ganze Schieberei bringt aber gar nichts für den Haushalt, außer Sand in den Augen. Wenn die Projekte nicht gestrichen werden, dann bringt das Schieben kein Geld.

Der Bau des Rosensteintunnels muss ganz gestrichen werden, schon deshalb, weil er die schönste Stelle am Neckar – das Neckarknie – auf immer und ewig verschandeln würde, statt es endlich vom Beton zu befreien.

Wir wollen keine weitere Stadtautobahn quer durch Stuttgart. Uns reichen schon die B 14 und B 27.

Stattdessen werden wir investieren, damit in ganz Stuttgart auf der grünen Welle bei max. 40 km/h gefahren wird - und das am liebsten auf 2 Rädern. Dazu werden wir den Radwegetat um über 1 Mio. EUR erhöhen.

Und damit eines auch klar ist: Wir akzeptieren keinen Griff in die Vermögensschatulle bei der SVV. Dieses Geld brauchen wir für die SSB und für die Gründung von Stadtwerken. Wenn wir es für Schulen oder gar Mobi-Zet ausgeben, dann ist die Idee von eigenen Stadtwerken erledigt, mit denen nachhaltige Energiepolitik betrieben werden kann.

Wir hoffen, dass die Kommunalwahlen in den Haushaltsberatungen ihre Wirkung zeigen; mehr Lust auf Stadt entsteht durch bessere Schulen, bessere Betreuung und bessere soziale Unterstützung.

Und mehr Lust auf Stadt durch mehr Förderung der Fußgänger, Radfahrer, Bus- und Bahnfahrer.

Ich rechne da fest mit Ihnen von der anderen Mehrheit, oder sagen wir es anders, mir ist dafür jede Mehrheit recht.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir haben sehr durchdachte und durchfinanzierte Anträge gestellt. Sie bestimmt auch. So werden wir gemeinsam, mit einigen Kompromissen, diese harte Bewährungsprobe bestehen. Lasst uns nicht um die Grundsteuer feilschen, sondern rechnen.

Ein ausgewogenes Streichkonzert, das nachvollziehbar ist, Investitionen, die finanziert sind und sich auf das Notwendige für unsere Kinder und Schüler konzentrieren, werden bei der Stuttgarter Bevölkerung auf Zustimmung stoßen, trotz einiger Einschränkungen und Verteuerungen.

Wenn wir zusätzlich noch lernen, dass wir mit unserer Umwelt, unseren natürlichen Ressourcen verantwortlicher umgehen müssen, dass wir unsere Energieverschwendung beim Verkehr, beim Heizen, beim Licht einschränken müssen, weil das Setzen nur auf weiteres Wachstum uns immer wieder in solche Krisen führen wird, dann hat die jetzige Krise auch was Gutes.

Herzlichen Dank an alle, die an dieser aufwändigen Arbeit mitgewirkt haben.